



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 27467

Fax: (0221)

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 06.06.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 05.05.2011, 15:30 Uhr bis 18:12 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Ossi Werner Helling

GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van

CDU

Frau Cornelia Schmerbach

SPD

Frau Monika Schultes

SPD

Herr Dr. Walter Schulz

auf Vorschlag der SPD

Frau Ursula Gärtner

CDU

Herr Niklas Kienitz

CDU

Herr Jürgen Koch

CDU

Herr Peter Krücker

auf Vorschlag der CDU

Vertreter der Fraktionen

Herr Frank Schneider

SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Ladenberger

auf Vorschlag der Grünen

Frau Marion Lüttig

GRÜNE

Frau Katja Hoyer

FDP

Frau Regina Wilden

pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen

DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski

auf Vorschlag der SPD

Frau Lisa Steinmann

SPD

Frau Dr. Christiane Köhler

auf Vorschlag der CDU

Frau Ilse Stibbe

auf Vorschlag der CDU

Frau Jutta Eggeling

auf Vorschlag der Grünen

Frau Antje Fratini

(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann

auf Vorschlag der Grünen

Frau Elke Lerchner

auf Vorschlag der FDP

Frau Ellen Sänger

pro Köln

Herr Richard Klein

auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen

auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Frau Antonella Giurano

Bunte

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel

auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Herr Dimitri Rempel

Einheit

Herr Carl-Wilhelm Rößler

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Frau Maria Hanisch

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Herr Marc Ruda

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Frau Stella Shcherbatova

Synagogengemeinde

Schriftführer

Herr Dr. Robert Becker

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold

SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Franz Xaver Corneth

auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Frau Annelie Appelman

doMS e.V.

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Karl-Gerhard Bachmann

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region

Herr Franz Decker

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Frau Bärbel von der Linde

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung eines Schriftführers

1 Gleichstellungsrelevante Themen

**2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2011
1460/2011
Dieser Tagesordnungspunkt wird unter 14.2 behandelt.
Der Sammelumdruck wurde an alle Mitglieder am 15.04.2011 versendet.
Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.**

3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4 Beantwortung von Anfragen

4.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
0648/2011

4.2 Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich im Jahr 2010
0911/2011

4.3 Entwicklung und Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich. Hier: Berichterstattung 2005 - 2010 (Stand: Dezember 2010)
0765/2011

4.4 Heimaufsicht in Köln gemäß Wohn- und Teilhabegesetz (WTG-NRW)
1265/2011

- 4.5 Beantwortung offener Fragen und Mitteilung zu TOP 4.4 der Sitzung vom 10.02.2011 bez. Bericht zum Pilotprojekt "integrationslotsen" (0105/2011) 1641/2011
- 4.6 Barrierefreiheit in den anderen Kultureinrichtungen (außer dem Neubau im Kulturquartier am Neumarkt) 1698/2011
- 4.7 Kinderarmut und Wohnverhältnisse
hier: Anfrage der FDP-Fraktion, Frau Hoyer in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 10.02.2011
1653/2011
- 4.8 Anfrage zu TOP 10.2.4 der Sitzung vom 10.02.2011 bez. Bereitstellung der erforderlichen Fördermittel für den Möbelverbund

5 Mitteilungen

- 5.1 Auswirkungen der Haushaltskürzungen auf die Behindertenpolitik
hier: Anfrage aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 15.02.2011
1137/2011
- 5.2 Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln
1139/2011
- 5.3 Bereitstellung von Mitteln für IncluCity Cologne - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
1271/2011
- 5.4 Kommunale Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren
1403/2011
- 5.5 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 01.03.2011, TOP 3.3
0529/2011

- 5.6 Wahl der Seniorenvertretung am 21. November 2011: Informationen zum Wahlablauf
1277/2011
- 5.7 Aktion Altenpflege Köln
1448/2011
- 5.8 Entwicklung von "Suppenküchen" und "Ausgabestellen für kostenlose Lebensmittel" an Bedürftige
hier: Dokumentation der Ergebnisse einer Fachveranstaltung für die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.01.2011
1531/2011
- 5.9 Bericht der Behindertenbeauftragten 05/2011
1600/2011
- 5.10 Bürgerarbeit Köln - Modellprojekt zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt
1637/2011
- 5.11 Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan für Köln
1699/2011
- 5.12 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 4.9 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 17.03.2011
1751/2011
- 5.13 Einsatz eines Integrationsmittlers für die Personengruppe der Migranten mit russischem Sprachhintergrund
TOP 4.5 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 17.03.2011
1678/2011
- 5.14 Mitteilung zum Sachstand der Umsetzung des Bildungspaketes
1803/2011
- 5.15 Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V.
hier: akuteller Sachstand
1831/2011

6 Wohnen

7 Sachstand Programm Mülheim 2020

7.1 Strukturförderung Mülheim 2020
Ausschreibung des Sportprojektes
0873/2011

7.2 Zeit-Maßnahmeplan

7.3 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
1648/2011

8 JobCenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenters Köln (JC Köln)
1631/2011

8.2 Informationen zur Kontaktaufnahme des Jobcenters Köln mit Schülern/innen
und deren Eltern
1714/2011

9 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Straßenstrich in Meschenich
1212/2011

11.1.2 Straßenprostitution im Kölner Süden
1211/2011

11.1.3 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung
hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft 5464/2010
1498/2011

11.2 Aktuelle Anfragen

11.2.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
AN/0878/2011

11.2.2 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung
AN/0909/2011

**12 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

12.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für das Zentrum Buchheim, Guillaumestr. 16, 51065 Köln, das Begegnungszentrum der Synagogen-Gemeinde in Chorweiler, Pariser Platz 30 und den Verein mehr Sprache e.V., Neuenhöfer Allee 125, 50935 Köln.
0475/2011

12.2 Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2011
0922/2011

12.3 Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Jahr 2011 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
0964/2011

12.4 Neue Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
1462/2011

13 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13.1 Verleihung der Eigenschaft als verdienstvolle Bürgerin und Unterhaltung der Grabstätte von Marie Juchacz als Ehrengrabstätte
0782/2011

14 Ausschussempfehlungen an den Rat

14.1 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Elektrogeräte für Leistungsempfänger aus den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII
0316/2011

14.2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2011
1460/2011

14.3 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser.
Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2011.
4932/2010

14.4 Rücknahme der Haushaltskürzungen bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung (KoKoBe) - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
1442/2011

14.5 Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen im großen Saal des Bürgerzentrums Engelshof - Baubeschluss
1588/2011

15 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

16 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung eines Schriftführers

Der Vorsitzende Herr Helling schlägt folgende Änderungen der Tagesordnung vor:

Die Punkte 4.3 und 12.2 werden zusammengelegt.

Die Punkte 5.2 und 5.14 werden zusammengelegt.

Der Punkt 7.2 wird von der Tagesordnung genommen, da keine Vorlage vor liegt.

Zum Punkt 8.2 wurde eine Tischvorlage als Anlage nachgereicht.

Zum Punkt 12.4 wurde eine Tischvorlage als Anlage nachgereicht.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren stimmt dieser veränderten Tagesordnung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren bestellt Hr. Dr. Robert Becker zum Schriftführer für die heutige Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2011

1460/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter 14.2 behandelt.

Der Sammelumdruck wurde an alle Mitglieder am 15.04.2011 versendet.

Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.

Beschluss:

Wird unter 14.2 behandelt.

3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

4 Beantwortung von Anfragen

**4.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
0648/2011**

Der Vorsitzende Herr Helling bittet die Verwaltung auch die Zusatzfragen und Antworten aus dem Integrationsrat den Ausschüssen Jugendhilfe AVR und Soziales zur Verfügung zu stellen.

**4.2 Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich im Jahr 2010
0911/2011**

SB Herr Dr. Schulz regt an, dass der Ausschuss auch in Zukunft über die Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich informiert wird.

4.3 Entwicklung und Förderung der Frauenvereine im Sozialbereich. Hier: Berichterstattung 2005 - 2010 (Stand: Dezember 2010) 0765/2011

Der Punkt wird mit 12.2 behandelt.

4.4 Heimaufsicht in Köln gemäß Wohn- und Teilhabegesetz (WTG-NRW) 1265/2011

Frau Hoyer stellt die Frage, was für Folgen die reduzierten Kontrollen haben könnten.

Diese Frage wurde von der Verwaltung mündlich beantwortet.

4.5 Beantwortung offener Fragen und Mitteilung zu TOP 4.4 der Sitzung vom 10.02.2011 bez. Bericht zum Pilotprojekt "integrationslotsen" (0105/2011) 1641/2011

RM Frau Schmerbach fragt nach, ein Berufsbild für „Integrationslotsen“ zu schaffen und weitere Qualifizierungsmaßnahmen zu initiieren.

Die Verwaltung sagt zu, den Ausschuss über die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter zu informieren.

**4.6 Barrierefreiheit in den anderen Kultureinrichtungen (außer dem Neubau im Kulturquartier am Neumarkt)
1698/2011**

RM Frau Schmerbach fragt an, wie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen vermehrt an Museen und Kultureinrichtungen heranzuführen sind.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung sich auch in Zukunft verstärkt dafür einsetzt, dass alle Menschen, ganz gleich mit welcher Behinderung, an der Kultur partizipieren können.

Die Verwaltung sagt zu, diese Anfrage an das Kulturdezernat weiterzuleiten.

**4.7 Kinderarmut und Wohnverhältnisse
hier: Anfrage der FDP-Fraktion, Frau Hoyer in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 10.02.2011
1653/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis und bittet um Weiterleitung an den Jugendhilfeausschuss.

4.8 Anfrage zu TOP 10.2.4 der Sitzung vom 10.02.2011 bez. Bereitstellung der erforderlichen Fördermittel für den Möbelverbund

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

5 Mitteilungen

**5.1 Auswirkungen der Haushaltskürzungen auf die Behindertenpolitik
hier: Anfrage aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 15.02.2011
1137/2011**

Ergänzend zu dem Auszug aus der Niederschrift der Stadt AG Behindertenpolitik berichtet die Verwaltung, dass es sich bei der erwähnten vakanten ½ Stelle um eine sogenannte Mehrwertstelle handelt (Ausleihe der Stelle aus dem Personalreserveplan für einen Mitarbeiter, dem sonst keine bewertungsadäquate Planstelle angeboten werden konnte. Der Mitarbeiter ist der Zeit auf eigenen Wunsch beurlaubt. Eine Verlängerung der Beurlaubung bis 31.12.2011 ist beantragt.). Unabhängig von der Person wurde die Verlängerung der Mehrwertaufgabe beantragt. Vordem Hintergrund der Haushaltssituation ist die Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle im laufenden Stellenverfahren ausgeschlossen (zumal eine dezernatsinterne Finanzierung nicht angeboten werden kann).

Bei dauerhaftem Wegfall der Mehrwertstelle kommt es bei V/3 zu folgenden Leistungseinschränkungen:

1. Stellungnahmen zu Baumaßnahmen sind weiterhin erforderlich. V/3 ist nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz verpflichtend bei zahlreichen Maßnahmen zu beteiligen (Bei Zuschüssen des Bundes/Landes erforderlich, mit denen bis zu 70% einer Maßnahme finanziert werden)
2. Die Beratung der städtischen Ämter und die Mittlerrolle zwischen Behindertenorganisationen und Fachämtern sind nur noch reduziert möglich. Eine Beteiligung bei großen Planungen muss entfallen.
3. Die Beratung externer Architekten und Bauherren kann nicht mehr wahrgenommen werden. Für zahlreiche bedeutsame Bauvorhaben in Köln ist die Stadt selber nicht mehr Bauherr. Es ist leider noch nicht selbstverständlich, dass die Vorgaben zur Barrierefreiheit bei Bauherren und Architekten bekannt sind und berücksichtigt werden.
4. Die ehrenamtlich tätigen Vertreter/innen der Behindertenorganisationen werden noch stärker belastet als bisher, da sie verstärkt selber die Termine mit der Fachverwaltung wahrnehmen müssen.

Der Rat hat ein ambitioniertes Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik beschlossen „Köln überwindet Barrieren“! Als Konsequenz aus der Ratifizierung der UN Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung werden zurzeit auf Bundes- und Landesebene Aktionspläne zur Umsetzung erarbeitet. Ziel ist mehr Inklusion. Dazu gehören ganz wesentlich barrierefreie Mobilität im Stadtraum und Nutzung von Einrichtungen. Was wir heute bauen steht Jahrzehnte. Es ist unbestritten, dass durch diese ½ Stelle in den 2 ½ Jahren ihrer Besetzung äußerst wirkungsvolle Arbeit gemacht hat, von der viele Projekte profitiert haben.

Der Vorsitzende Herr Helling fasst nach intensiver Diskussion zusammen, dass die Verwaltung über die Versuche die Stelle weiter zu besetzen zeitnah berichtet. Unter Umständen müssen die Fraktionen prüfen, politisch tätig zu werden.

5.2 Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln 1139/2011

Die Verwaltung erklärt, dass es bei den berechtigten Kindern auf Leistungen nach dem BuT zu keinen Verschlechterungen kommt. Alle Leistungen des Köln Passes stehen weiterhin zur Verfügung. Die Leistungen sind überwiegend identisch und werden mit dem Bund abgerechnet.

Die Verwaltung legt noch vor der Sommerpause einen Erfahrungsbericht vor. Evtl. müssen Nachbesserungen auf Bundesebene initiiert werden. Dieser Bericht soll auch die Einsparungen beim Köln – Pass durch Leistungen aus dem BuT beinhalten.

Die Verwaltung hat einen Flyer erstellt, der als Wegweiser dient.

Frau Steinmann weist auf eine missverständliche Formulierung im Flyer zum BuT hin. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, wer einen Köln – Pass habe, brauche keinen Antrag auf BuT stellen. Des weiteren sollte die Mehrsprachigkeit berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt fest, dass es den Köln Pass in seinem gesamten Leistungsspektrum weitergeben wird und die Bundesmittel bestmöglich zu nutzen sind.

5.3 Bereitstellung von Mitteln für IncluCity Cologne - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 1271/2011

Herr Ladenberger betont die Notwendigkeit diese Selbsthilfegruppe weiter zu fördern, denn ohne Förderung drohe die Auflösung. Weitere Mitglieder des Ausschusses unterstützen dieses Anliegen.

Der Vorsitzende Herr Helling fasst zusammen, dass die Verwaltung erneut prüft, Mittel der Finanzierung zur Verfügung zu stellen und eine Beschlussvorlage erarbeitet.

Die Gruppe IncluCity Cologne ist eine Selbstvertretungsgruppe von Menschen mit geistiger Behinderung, die sich selbst als Menschen mit Lernschwierigkeiten bezeich-

nen. Die Gruppe beschäftigt sich mit gesellschaftlichen, politischen und kommunalen Themen und deren Bedeutung für sie. Sie trägt die Themen, Ergebnisse und Forderungen selbst nach außen. So stellt sie unter anderem die Vertretung für die Personengruppe der Menschen mit Lernschwierigkeiten/geistiger Behinderung in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

IncluCity Cologne ist auf die Begleitung von Assistenten angewiesen, da Menschen mit Lernschwierigkeiten Diskussionen und Vorlagen nur mit Erläuterung verstehen. Eigene Anliegen können nur mit fachlicher Unterstützung erarbeitet, diskutiert und formuliert werden.

IncluCity Cologne wurde 2002 mit Unterstützung der Universität zu Köln/Lehrstuhl für Geistigbehindertenpädagogik gegründet und von Lehrenden und Studenten begleitet. Mit dieser Unterstützung hat IncluCity Cologne unter anderem Fortbildungen für Mitarbeiter/innen von Verbänden und Verwaltung, z. B. zu den Themen Wohnen und Leichte Sprache, durchgeführt. Seit 2007 vertritt ein Mitglied der Gruppe, Herr Steinbach, die Belange von Menschen mit geistiger Behinderung/Lernschwierigkeiten in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, wobei er von einem/r Assistenten/in begleitet wird.

Seit der Emeritierung des lehrstuhlinhabenden Professors kann die Universität Köln die Unterstützung von IncluCity Cologne nicht mehr leisten. Seither erfolgt die Begleitung ehrenamtlich durch mittlerweile ehemalige Mitarbeiter/innen der Universität. Dies kann jedoch nicht in dem erforderlichen Umfang und mit der notwendigen Intensität sichergestellt werden. Damit ist die kontinuierliche Arbeit der Gruppe gefährdet. Die Treffen mussten bereits stark reduziert werden.

Diesen Sachverhalt hat Herr Steinbach in die Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft am 15.02.2011 eingebracht.

Um die Auflösung von IncluCity Cologne zu verhindern, ist nach Auffassung der Gruppe eine regelmäßige Begleitung und Unterstützung erforderlich. Diese ist ehrenamtlich nicht zu leisten. Die Begleitung und Koordination muss auf jeden Fall durch eine qualifizierte und in der Zusammenarbeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten erfahrene Person erfolgen. Die 2. Person kann dann eine (noch) nicht ausgebildete Person sein (z. B. Student/in). Darüber hinaus sind für einzelne Personen mit individuellen Unterstützungsbedarfen Assistenten/innen erforderlich.

Dazu hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in ihrer Sitzung am 15.02.2011 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hält die Sicherstellung der Arbeit von IncluCity Cologne und damit die finanzielle Absicherung der Begleitung und Unterstützung dieses Arbeitskreises für unverzichtbar. Sie bittet daher den Ausschuss Soziales und Senioren wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, IncluCity Cologne mit einem jährlichen Förderbetrag in Höhe von 6.000 Euro zu unterstützen und ihm bei der Trägersuche behilflich zu sein.“

Haushaltsmittel für den obigen Verwendungszweck wurden im Doppelhaushalt 2010/2011 nicht eingeplant. Eine Bezuschussung würde daher die Übernahme einer

neuen freiwilligen Aufgabe darstellen. Eine diesbezügliche Entscheidung fällt nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln nicht unter die Kompetenzen des Ausschusses für Soziales und Senioren, sondern obliegt allein dem Rat. Gemäß § 3 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen muss ein Antrag, der im Haushaltsplan nicht vorgesehene Mittel erfordert, einen ausreichenden und rechtlich zulässigen Deckungsvorschlag enthalten.

**5.4 Kommunale Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren
1403/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5.5 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 01.03.2011, TOP 3.3
0529/2011**

Nach verschiedenen Wortbeiträgen aus dem Ausschuss schlägt der Vorsitzende Hr. Helling vor die Mitteilung zur weiteren Beratung in die Stadt AG Behindertenpolitik zu verweisen. Der Ausschuss folgt seinem Vorschlag.

**5.6 Wahl der Seniorenvertretung am 21. November 2011: Informationen zum Wahlablauf
1277/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren appelliert an alle Mitglieder in einer Art Selbstverpflichtung alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

**5.7 Aktion Altenpflege Köln
1448/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5.8 Entwicklung von "Suppenküchen" und "Ausgabestellen für kostenlose Lebensmittel" an Bedürftige
hier: Dokumentation der Ergebnisse einer Fachveranstaltung für die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.01.2011
1531/2011**

In verschiedenen Beiträgen aus dem Ausschuss wird die Verwaltung für die Erstellung der Dokumentation gelobt und es wird an die Fraktionen appelliert diese Thematik weiter zu behandeln.

**5.9 Bericht der Behindertenbeauftragten 05/2011
1600/2011**

RM Frau Schmerbach fragt nach konkreten Ergebnissen (Abschlüssen von Ausbildungsverträgen oder Arbeitsverträgen), die über die genannten Gespräche hinaus gehen.

Die Verwaltung sagt zu, den Ausschuss Soziales und Senioren schriftlich über die weitere Entwicklung dieser Fragestellung zu informieren.

**5.10 Bürgerarbeit Köln - Modellprojekt zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt
1637/2011**

Herr Wagner erläutert auf Nachfrage aus dem Ausschuss, dass über die 500 vorhandenen Teilnehmerplätze die in der Aktivierungsphase entsprechend der Zielgruppe besetzt wurden. Für die Beschäftigungsphase liegen derzeit 134 Anträge für maximal 125 Einsatzstellen vor, die dem Arbeitskreis des Beirates zur Zustimmung vorgelegt werden. Im Anschluss können die Bewilligungen beim Bundesverwaltungsamt beantragt werden.

**5.11 Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan für Köln
1699/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren begrüßt ausdrücklich die weitere Behandlung dieser Mitteilung in der Stadt AG Behinderte.

**5.12 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 4.9 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom
17.03.2011
1751/2011**

Frau Hoyer bedankt sich für die gute Beantwortung und der Ausschuss für Soziales und Senioren schließt sich dem an.

**5.13 Einsatz eines Integrationsmittlers für die Personengruppe der Migranten
mit russischem Sprachhintergrund
TOP 4.5 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom
17.03.2011
1678/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5.14 Mitteilung zum Sachstand der Umsetzung des Bildungspaketes
1803/2011**

Wurde bereits mit 5.2 behandelt.

Wie bereits in der Mitteilung 1139/2011 dargestellt, ist das Bildungspaket der Bundesregierung am 01.04.2011 rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft getreten.

Von den insgesamt ca. 56.000 Anspruchsberechtigten liegen aktuell zum Stand 02.05.2011 insgesamt 2.710 Anträge vor, dies entspricht weniger als 5 % aller möglichen Anspruchsberechtigten. Nach nunmehr 1 Monat seit dem Start des Bildungspaketes hat sich damit die Zahl der Antragsteller zwar stetig leicht erhöht, dennoch kann auch weiterhin nur von einer schleppenden Akzeptanz des Bildungspaketes die Rede sein, wie es bereits in den Medien ausgiebig dargestellt wurde.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich trotz der engen zeitlichen Voraussetzungen alle grundsätzlichen Schritte für den termingerechten Start der Antragsbearbeitung in den Jobcentern als auch im Sozialamt umgesetzt. So wurde die in der o.g Mitteilung dargestellte organisatorische Struktur ebenso aufgebaut wie auch vielfache Schritte getätigt, die Bürger, Schulen und Kitas sowie die Wohlfahrtsverbände durch Vorträge, Anschreiben, Flyer und Internet-Auftritt vom Bildungspaket zu informieren. Die Antragsformulare liegen den Schulen ebenso termingerecht zum Start der Schulzeit nach den Ferien vor, wie auch die Eltern der am Mittagessen teilnehmenden Kinder in Kitas und Schulen derzeit vom aktuellen Verfahren in Kenntnis durch Anschreiben in Kenntnis gesetzt werden. Alle erforderlichen Formulare werden aktuell auch barrierefrei für das Internet erarbeitet.

Zudem liegt zwischenzeitlich eine 62-seitige Handlungsanweisung in Form einer Arbeitshilfe vom Land vor, die wirklich beeindruckend komplex ist.

Für die rd. 1.600 anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen im SGB XII (einschließlich Analogbezieher Asylbewerberleistungsgesetz) sowie 13.000 anspruchsberechtigten Personen im Wohngeld- / Kinderzuschlagsbezug übernimmt das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln die Antragsbearbeitung.

Für die Kinderzuschlags- und Wohngeldberechtigten muss die für die Durchführung des Bildung- und Teilhabepaketes zuständige Stelle noch bestimmt werden, wobei das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen mit Hochdruck an einer entsprechenden Rechtsverordnung arbeitet. Bis zu deren endgültigen Vorliegen bittet das Ministerium die Kreise und kreisfreien Städte, bereits im Vorgriff auf die Aufgabenübertragung tätig zu werden. Durch das rückwirkende Inkrafttreten der Rechtsverordnung werden alle bereits erteilten Bescheide geheilt. Das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln wird – auch für den Personenkreis der Wohngeld- bzw. Kinderzuschlags-empfänger/innen - entsprechend verfahren. Entsprechende Anträge konnten von Anfang an gestellt werden.

Dennoch ist das mit vielen Hürden behaftete System des Bildungspaketes, welches grundsätzlich in seiner Intention zu begrüßen ist, in seiner Antragstellung für den Bürger unattraktiv. In Köln, wie auch in vielen anderen Städten des Landes, besteht durch den Köln-Pass bereits seit Jahren ein Konzept, welches in weiten Teilen inhaltsgleiche Angebote (z.B. vergünstigte Mittagessen-Ausgabe für Kinder in Kitas und Schulen, kostenlose Teilnahme am Sportverein) für die sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt vorhält, teilweise sogar darüber hinaus geht. Bedauerlicherweise leiden aber auch erstmals wirklich auf breiter Basis angebotene zusätzliche Angebote, wie z.B. die Lernförderung über schulische Angebote hinaus,

unter den umfangreichen Schritten zur Nutzung des Paketes. So bestehen zahlreiche Antragserfordernisse, die vorzugsweise die Schulen mit weiterem Verwaltungsaufwand belasten.

Zu den umfangreichen Antragserfordernissen werden daher beispielhaft auf der Basis des Jobcenter das geltende allgemeine Antragsformular sowie die Vordrucke zur Beantragung von Lernförderung als Anlage zur Mitteilung zur Kenntnis beigefügt.

Grundsätzlich sei zudem erwähnt, dass die breite Masse der Betroffenen wegen der kurzen Bewilligungszeiträume unter der Häufigkeit der Antragstellung leiden wird. Als Folge dessen ist eine Kontinuität der Planung für Anbieter kaum realistisch und umsetzbar. Insofern ist hier abzuwarten, ob auch bei den Anbietern eine breite Akzeptanz aufgebaut werden kann.

Wünschenswert und vorrangig anzustreben ist daher seitens der Verwaltung, den Abbau der bürokratischen Hemmnisse durch Verlängerung der Bewilligungszeiträume und auch vereinfachte Antragsverfahren voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund besteht bereits ein reger fachlicher Austausch mit dem Deutschen Städtetag als Vertreter der Kommunen gegenüber dem Land und Bund. Vor diesem Hintergrund geht die Verwaltung davon aus, zum Sommer erste Erfahrungsergebnisse aufweisen zu können, die durch entsprechende Optimierungen zu einem reibungsloseren Ablauf der Verfahren führen. Insofern ist die Verwaltung derzeit bemüht, ein funktionsfähiges stadtweites Netzwerk an Angeboten aufzustellen, um das Bildungspaket mit seinen Komponenten mit Leben zu füllen und für die Bürger und Bürgerinnen attraktiv und nutzbar zu machen. Ebenso ist nach einem Erfahrungszeitraum vorgesehen, einen Vorschlag zur Harmonisierung der bestehenden beiden Systeme „Köln-Pass“ und „Bildungspaket“ herbeizuführen. Hierzu wird die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt eine gesonderte Mitteilung bzw. Beschlussvorlage in die Gremien bringen.

5.15 Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. hier: akuteller Sachstand 1831/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und bittet um zeitnahe Klärung bei der Frage der langfristigen Stabilisierung des Möbelverbundes. Wenn möglich soll in der nächsten Sitzung darüber berichtet werden.

Der Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. ist ein Zusammenschluss folgender gemeinnütziger Vereine und Selbsthilfegruppen, die in Köln Gebrauchtmöbellager betreiben, der 1998 auf Beschluss des Sozialausschusses gegründet wurde:

- Bürger für Obdachlose e.V. BfO

- SKM Beschäftigungsprojekt DE FLO
- Emmaus-Gemeinschaft-Köln
- Holweider Selbsthilfe e.V. HoSe
- Sozialgewerbliches Zentrum Mülheimer Teestube e.V. Mütze

Mit der Gründung wurde das Ziel verfolgt, ein qualitativ hochwertiges Second - Hand - Angebot für Köln zu entwickeln, in dem Langzeitarbeitslose in den Bereichen Möbeltransport, Umzüge, Logistik und Recycling qualifiziert und beschäftigt werden sollten. Ziel war auch eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Die Konzeption sah vor, dass die Personalkosten für die Betreuung der Geschäftsstelle des Verbundes mittelfristig aus Einnahmen erwirtschaftet werden sollten.

Nach Einführung des Sozialgesetzbuches II und Gründung der ARGE Köln zum 01.01.2005 wurde der Gebrauchtmöbelverbund durch die ARGE mit der Durchführung von Qualifizierungsaufgaben vornehmlich im Bereich der Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II (sog. I-Jobs) beauftragt.

Im weiteren Verlauf veränderte sich die Funktion der Geschäftsstelle des Vereines zu einer Serviceeinrichtung für die Mitgliedsvereine für den Bereich Recycling, Personalakquirierung/ - Auswahl und Verteilung sowie die Beteiligung der Mitgliedsvereine an den Fördereinnahmen.

Ab 2008 stellte die ARGE die Förderung nach § 16 d SGB II ein. Daraufhin erfolgte die Umstellung der Förderung schwerpunktmäßig auf geförderte Arbeitsverhältnisse nach § 16 e SGB II (Beschäftigungszuschuss - BEZ).

Aufgrund der Umstellung der Förderung war die Existenz des Verbundes sowie des Gebrauchtmöbelbereiches der Vereine gefährdet. Daraufhin beschloss der Rat der Stadt Köln am 24.06.2008 (Top 9.17 Genehmigung von Mehraufwand zur Sicherung des Möbelverbundes, 2627/2008) dem Verbund zu dessen Sicherung während der Umstellung der Geschäftspolitik auf eine Selbstfinanzierung eine Anschubfinanzierung in Höhe von 348.900 €. Dieser Betrag wurde durch die Geschäftsstelle an die Träger Mütze, HoSe und BfO weitergeleitet. Voraussetzung für die Selbstfinanzierung war, dass die Beschäftigungsförderung durch die ARGE im bisherigem Umfang weiter erfolgt. Das vereinbarte Ziel wurde nach Auswertung dieser Förderphase in 2010 erreicht.

Ab 2011 hat das Jobcenter Köln als Nachfolger der ARGE die Leistungen zur Beschäftigungsförderung drastisch reduziert.

In einem Gespräch mit der Sozialverwaltung trug der Verbund vor, dass seine Finanzierung aufgrund dieser Reduzierung nicht mehr gesichert sei.

Der Verbund wurde gebeten, der Verwaltung schriftlich die Situation darzulegen sowie sein zukünftiges Geschäftsmodell wirtschaftlich untermauert darzustellen.

Derzeit werden die Unterlagen geprüft, die Verwaltung wird hierzu erneut berichten.

6 Wohnen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

7 Sachstand Programm Mülheim 2020

7.1 Strukturförderung Mülheim 2020 Ausschreibung des Sportprojektes 0873/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2 Zeit-Maßnahmeplan

Der Punkt wurde von der Tagesordnung genommen.

7.3 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 1648/2011

Der Vorsitzende Herr Helling merkt kritisch an, dass seit Monaten der stets gleiche Sachstand bei dem Projekt internationales Geschäftshaus dargestellt wird, ohne das Bewegung erkennbar ist.

Hr.Dr. Schulz formuliert schriftlich weitere Fragen zur nächsten Sitzung.

8 JobCenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenters Köln (JC Köln) 1631/2011

Herr Wagner berichtet über die Regelungen, die der Gesetzgeber getroffen hat. Insgesamt stehen dem Jobcenter Köln aktuell rd. 66,6 Mio. Eur an Ausgabemitteln für das Jahr 2011 zur Verfügung. Das tatsächlich verplante Budget wird über 69 Mio. Eur betragen. Besonders ausgeprägt ist die aktuelle Reduzierung des Verpflichtungsbudgets im Vergleich zu 2010. Für den auf das laufende Haushaltsjahr folgenden Zeitabschnitt errechnet sich eine Reduzierung von fast 40%. Für die nachfolgenden Monate ergeben sich Reduzierungen von fast 50%. Aus dieser Reduzierung ergeben sich drastische Einschnitte hinsichtlich der Begründung rechtlicher Verpflichtungen in 2011 und die nachfolgenden Haushaltsjahre.

Mehrere Mitglieder des Ausschusses sehen große Gefahren in den Mittelkürzungen im Integrationsbudget. Die Kürzungen verhindern die Chancen auf eine erfolgreiche Integration von Langzeitarbeitslosen und sind zu dem eine wachsende Gefahr für die bewährten Strukturen des sozialen Kölns.

8.2 Informationen zur Kontaktaufnahme des Jobcenters Köln mit Schülern/innen und deren Eltern 1714/2011

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Sozials und Senioren zur Kenntnis genommen

9 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

11 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Straßenstrich in Meschenich 1212/2011

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

11.1.2 Straßenprostitution im Kölner Süden 1211/2011

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

**11.1.3 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung
hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft
5464/2010
1498/2011**

Frau Reker betont auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn Helling, ob alle Menschen bulgarischer und rumänischer Staatsbürgerschaft grundsätzlich Anspruchs berechtigt sind, dass diese EU Bürger in der Regel nicht anspruchsberechtigt sind und sich somit in einer Art Grauzone bewegen. Diese Menschen aber Hilfe erwarten dürfen.

11.2 Aktuelle Anfragen

**11.2.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
AN/0878/2011**

Diese Anfrage wurde nicht beantwortet, da keine schriftliche Unterlagen vorlagen.

**11.2.2 Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung
AN/0909/2011**

Dieser Punkt wurde nicht beantwortet.

**12 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**12.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für das Zentrum Buchheim, Guillaumestr. 16, 51065 Köln, das Begegnungszentrum der Synagogen-Gemeinde in Chorweiler, Pariser Platz 30 und den Verein mehr Sprache e.V., Neuenhöfer Allee 125, 50935 Köln.
0475/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für

- das Zentrum Buchheim, Guillaumestr. 16, 51065 Köln,
- das Begegnungszentrum der Synagogen-Gemeinde in Chorweiler, Pariser Platz 30 und
- den Verein mehrSprache e.V., Neuenhöfer Allee 125, 50935 Köln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

**12.2 Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2011
0922/2011**

Frau Hoyer fragt die Verwaltung nach der finanziellen Differenz von Antragsvolumen und Auszahlungsvolumen und wie bei einer solch drastischen Minderdeckung die Frauenvereine weiter existieren können.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Frauenvereine

- Feministisches Frauengesundheitszentrum „Hagazussa e.V.,
- Agisra e.V.,
- FrauenLeben e.V. und

- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

mit Haushaltsmitteln entsprechend der Anlage 1 zu fördern.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

12.3 Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Jahr 2011 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege 0964/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, im Haushaltsjahr 2011 die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.4 Neue Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 1462/2011

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft LST in der als Anlage beigefügten Fassung mit folgender Änderung unter § 2 der Geschäftsordnung heißt es wie folgt:

“Eine Bewerbung (alte Fassung: Nominierung) muss (alte Fassung: kann) durch Voten anderer Organisationen unterstützt werden“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

13 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

**13.1 Verleihung der Eigenschaft als verdienstvolle Bürgerin und Unterhaltung der Grabstätte von Marie Juchacz als Ehrengrabstätte
0782/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Hauptausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Hauptausschuss beschließt, die verstorbene Politikerin und Sozialreformerin Marie Juchacz zu einer verdienstvollen Bürgerin Kölns zu erklären. Damit steht ihr eine Ehrengrabstätte gem. § 23 Abs. 4 der Friedhofssatzung der Stadt Köln zu; die Stadt Köln übernimmt die Kosten für Grabpflege und bauliche Unterhaltung in Höhe von 200,00 € jährlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

14 Ausschussempfehlungen an den Rat

14.1 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Elektrogeräte für Leistungsempfänger aus den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII 0316/2011

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in den Finanzausschuss verwiesen, allerdings unter der Maßgabe, dass bis dahin die Frage nach den Kosten der höchsten Effizienzklasse für Herde, Waschmaschinen und Kühlschränke, möglichst unter Beteiligung des RPA, zu klären ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei Nichtteilnahme von Pro Köln.

14.2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2011 1460/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt wie folgt zu beschließen.

Der Rat beschließt die Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Fördermittel in Höhe von insgesamt 369.740 € für die bereits länger anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2011 gemäß Anlagen 2.1 – 2.3. Diese Summe setzt sich zusammen aus dem bisherigen Ansatz von

353.300 € und dem am 07.04.2011 gemäß Ratsbeschluss (4904/2010/1) erhöhten Zuschuss von 16.440 €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

**14.3 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser.
Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2011.
4932/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt wie folgt zu beschließen.

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Kostenerhöhungen in Höhe von insgesamt 2.135.000 € bei den laufenden Baumaßnahmen entsprechend der nachfolgenden Aufstellung zur Kenntnis:

Bauvorhaben	Mehrkosten
Bonner Str. 4	285.000 €
Buchholzstr. 14	427.000 €
Buchholzstr. 20	123.000 €
Kulmbacher Str. 1 + 3	860.000 €
Wikingerweg 10, 12, 14	440.000 €

Damit erhöhen sich die Gesamtkosten von 15.104.000 € auf 17.239.000 €

Die Finanzierung der Mehrkosten erfolgt 2011 durch Umschichtungen innerhalb des Teilplans 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum. Im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2012 müssen die zur Deckung eingesetzten investiven Auszahlungs-ermächtigungen in Höhe von 2.135.000 € erneut veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

14.4 Rücknahme der Haushaltskürzungen bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung (KoKoBe) - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 1442/2011

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2011 die Erhöhung des Zuschusses an die Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung (KoKoBe) um 16.700 € auf 25.100 €.

Die hierfür anfallenden Aufwendungen in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, können durch Sollumbuchung innerhalb des Haushaltsansatzes refinanziert werden, da die im Haushaltsplan 2010/2011 vorgesehenen Mittel für die Bezuschussung der rechtsrheinischen Frauenberatungsstelle nicht in der veranschlagten Höhe benötigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

14.5 Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen im großen Saal des Bürgerzentrums Engelshof - Baubeschluss 1588/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Realisierung der Schallschutzmaßnahmen im Bürgerzentrum Engelshof mit Gesamtkosten in Höhe von 390.740,43 € und beauftragt die Verwaltung

mit der Durchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

15 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

16 Anfragen

SE Frau Dr. Köhler fragt nach den Ausgaben für die Straßenreinigungsgebühren.

Die Verwaltung hat eine Beantwortung zugesagt.